

Fonds Finanz News im Juli 2025

Anstieg der Kfz-Reparaturkosten hält 2025 an

Auch wenn das Jahr erst zur Hälfte vorbei ist, wagen die deutschen Kfz-Versicherer bereits eine Prognose für die Entwicklung der Werkstatt- und Ersatzteilpreise. Die Hochrechnung fällt erneut ernüchternd aus: Ein Aufschlag von 4,5 Prozent steht für das Gesamtjahr zu befürchten.

Hauptpreistreiber sind die Autokonzerne, die für ihre designgeschützten Originalteile immer mehr Geld verlangen. In der Folge stiegen die Preise für Kfz-Ersatzteile zwischen 2014 und 2024 im Schnitt um 5,4 Prozent jährlich, während die allgemeine Inflationsrate durchschnittlich 2,4 Prozent betrug. Summa summarum ergibt das im genannten Zeitraum einen Aufschlag von 75 Prozent auf Ersatzteile.

Ob der Kostenanstieg eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge nötig macht, lässt sich nicht pauschal vorhersagen. Die Branche insgesamt geht von einem kostendeckenden Jahr aus; bei einzelnen Versicherern kann die Schadeninflation jedoch eine Prämienanpassung unumgänglich machen. Dazu sind sie versicherungsrechtlich verpflichtet, wenn die Aufwendungen die Beitragseinnahmen übersteigen.

Liquiditätsquote offener Immofonds trotz Mittelabflüssen stabil

Seit August 2023 ziehen die Anleger unterm Strich mehr Geld aus offenen Immobilienfonds ab, als sie einzahlen. Auch für den April 2025 weist die Branche ein Minus von 870 Millionen Euro aus. Für das Liquiditätsmanagement der Fonds bedeutet das große Herausforderungen, zumal Bestandsobjektverkäufe in der aktuellen Marktlage häufig nur mit Abschlägen möglich sind.

Dennoch ist die Liquiditätsquote laut der Ratingagentur Scope im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr kaum gesunken: von 15,1 auf derzeit 14,6 Prozent. Angesichts der permanenten Nettoabflüsse keine geringe Leistung. Hinter dem marktweiten Wert verbergen sich allerdings große Unterschiede – bei vier Fonds bewegt sich die Quote im einstelligen Bereich und damit nur knapp über der vorgeschriebenen Mindestmarke von fünf Prozent. Am anderen Ende der Skala kommt der Spitzenreiter auf 24,7 Prozent.

Eine große Spreizung ist auch bei der Fremdkapitalquote zu beobachten, die im Durchschnitt von 16,4 Prozent im Vorjahr auf nun 18,1 Prozent geklettert ist. Während manche Fonds ganz ohne Fremdkapital auskommen, rangieren sieben nur knapp unterhalb der gesetzlichen Obergrenze von 30 Prozent.

Schäden durch Naturgefahren weiterhin auf hohem Niveau

Mit rund 5,7 Milliarden Euro fielen die versicherten Schäden durch Naturgefahren im vergangenen Jahr ähnlich hoch aus wie im Vorjahr, wie der Versicherer-Gesamtverband GDV

kürzlich mitteilte. Der Anteil von Stürmen war zwar geringer, dafür schlugen aber Starkregen und Überschwemmungen mit 2,6 Milliarden Euro ungewöhnlich massiv zu Buche – der langjährige Durchschnitt liegt eine Milliarde darunter. Besonders betroffen waren Baden-Württemberg und Bayern. Relativ verschont blieben hingegen, neben den drei Stadtstaaten, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt.

Der Löwenanteil der Schäden entfiel mit 4,4 Milliarden Euro auf die Sachversicherung, die private Gebäude und Hausrat ebenso abdeckt wie Gewerbe- und Industriebetriebe. Die verbleibenden 1,3 Milliarden Euro wurden für Schäden an Kfz geleistet.

GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen warnt angesichts des langjährigen Negativtrends vor weiterhin wachsenden Schäden durch Naturgefahren: „Die Folgen des Klimawandels werden auch bei uns immer spürbarer.“

Mehrheit der Deutschen aufgeschlossen für Rüstungsinvestments

Vor dem Ukrainekrieg standen noch 53 Prozent der Bundesbürger privaten Investitionen in die Rüstungsindustrie kritisch gegenüber. Doch infolge des wachsenden Bedrohungsbewusstseins hat sich der Wind gedreht: Mittlerweile halten 56 Prozent Rüstungsunternehmen im eigenen Portfolio für moralisch vertretbar, wie eine repräsentative Umfrage eines bekannten Vergleichsportals mit mehr als 1.000 Teilnehmern zeigt.

Weniger große Zustimmung findet die Einstufung solcher Investments als nachhaltig und damit ESG-kompatibel. Seit Dezember 2024 ist sie rechtlich möglich, und die ersten Fonds haben bereits von dieser Option Gebrauch gemacht. Das heißen 44 Prozent der Umfrageteilnehmer gut. Da sich 19 Prozent nicht dazu positionieren möchten, ist der Anteil der Kritiker am ESG-Branding mit 37 Prozent allerdings ebenfalls geringer.

Das Angebot an rüstungszentrierten Fonds mit Fokus auf Europa wächst derweil rasant weiter. Kürzlich legten mit BlackRock, Amundi und State Street Advisors gleich drei Branchenriesen neue ETFs auf, die auf den politisch beschlossenen Ausgabenboom und die gewachsene Offenheit der Anleger bauen.

Jeder dritte Hausrattarif mit Top-Note bewertet

Das renommierte Analysehaus Franke und Bornberg hat 356 Hausratversicherungen von 96 Anbietern unter die Lupe genommen. Das Ergebnis bestätigt einen positiven Trend: Immer mehr Tarife werden mit der Spitzenbewertung „hervorragend“ (FFF+) ausgezeichnet, in diesem Jahr rund jeder dritte. Vor allem jüngere Tarifgenerationen überzeugen die Autoren.

„Inflation und bessere Leistungen liefern einen guten Anlass, Hausratverträge regelmäßig zu prüfen. Passt die Versicherungssumme noch, erfordern Wertsachen speziellen Schutz und ist der

Haushalt gegen Elementarschäden versichert? Ein Wechsel kann sich lohnen; sehr gute Tarife gibt es bereits zum günstigen Preis“, betont Michael Franke, Gründer und Geschäftsführer der auf Versicherungen spezialisierten Ratingagentur.

Für die Spitzennote mussten nicht nur mit den Einzelkriterien Bewertungspunkte gesammelt werden, es galten auch einige Mindestanforderungen: So muss eine Leistung auch bei grober Fahrlässigkeit erfolgen, neu angeschaffte Gegenstände müssen mit einem Vorsorgebetrag von mindestens 15 Prozent und Bargeld bis 2.000 Euro auch außerhalb eines Safes mitversichert sein.

Neues Europa-Label für Altersvorsorgeprodukte

Europaweit einheitliche Standards für langfristige Spar- und Altersvorsorgeprodukte haben sich sieben EU-Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland, auf die Fahnen geschrieben. Damit sollen im Rahmen der „Savings and Investments Union“ (SIU) nicht nur Transparenz, Vergleichbarkeit und Sicherheit für die Verbraucher erhöht werden. Die Investitionen sollen zudem die europäische Wettbewerbsfähigkeit stärken.

So werden nur Produkte das Gütesiegel namens „Finance Europe“ erhalten, die mindestens 75 Prozent des Anlagekapitals in europäische Vermögenswerte stecken. Infrage kommen börsennotierte ebenso wie abseits der Börsen gehandelte Assets: Aktien, Fonds, Unternehmens- und Staatsanleihen, Infrastrukturprojekte sowie Immobilien, Private Equity, Venture Capital und weitere alternative Investmentvehikel. Der Anlagezeitraum muss mindestens acht Jahre betragen.

„Das Label ist ein Wegweiser für Verbraucherinnen und Verbraucher. Dort, wo es drauf ist, steckt Europa drin“, freut sich Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) und selbst an der Initiative beteiligt. „Wird das Projekt richtig angegangen, stärkt es nicht nur Investitionen in Europa, sondern auch die Motivation, fürs Alter vorzusorgen.“

Rechtsstreitigkeiten werden immer kostspieliger

Eine Analyse des Versicherer-Gesamtverbands GDV belegt enorme Kostensteigerungen für die Beteiligten an Gerichtsverfahren. So mussten 2020 für einen typischen Prozess wegen der Rückabwicklung eines Kaufvertrags für einen defekten Neuwagen noch 8.310 Euro entrichtet werden; aktuell sind es 11.109 Euro, mithin 34 Prozent mehr. Wer wegen der Ersteigerung einer gefälschten Armbanduhr vor Gericht zieht, muss sogar 43 Prozent mehr berappen als vor fünf Jahren.

Verantwortlich dafür sind hauptsächlich die Anwalts- und Gerichtsgebühren, die gerade zum 01. Juni erneut merklich angehoben wurden. Doch auch die Inflation trägt zu dem unseligen Trend

bei, da sie den durchschnittlichen Streitwert erhöht, der wiederum die Basis für die Gebührenberechnung bildet.

In der Konsequenz verzichten viele Menschen, die nicht rechtsschutzversichert sind, aus Kostengründen auf die Durchsetzung ihres Rechts. So legte eine vom Bundesjustizministerium veranlasste Umfrage unter Anwälten offen, dass ein Klageverzicht von den Mandanten in 60 Prozent der Fälle mit den zu erwartenden Kosten begründet wird.

Comeback für S&K?

S&K wurde zur Chiffre für Anlegerbetrug der dreisten Art, nachdem die beiden Gründer Jonas Köller und Stephan Schäfer 2013 wegen Untreue verhaftet worden waren. Rund 140 Millionen Euro hatten über 6.000 Anleger ihnen anvertraut. Statt in Immobilienprojekte floss das Geld indes hauptsächlich in die Taschen von Köller und Schäfer, die ihren luxuriösen Lebensstil offen zur Schau stellten – mit rauschenden Partys in protzigen Villen, vor denen Supersportwagen parkten. 2017 wurden die beiden zu achteinhalb Jahren Haft verurteilt, die nun verbüßt sind.

Dass die Egos der beiden darunter nicht gelitten haben, beweisen sie aktuell mit einem Comebackversuch in den sozialen Medien. Erneut in luxuriöser Umgebung erklären sie ihren Followern angeblich, „wie man reich wird – und wie man es für immer bleibt“. An ihrer Seite sind illustre Gäste wie B-Promi Marcus Prinz von Anhalt zu sehen. Neben Investmenttipps erläutern S&K auch, warum sie ihrer Meinung nach in den Massenmedien verzerrt dargestellt werden. Allein auf YouTube überzeugt das offenbar schon über 17.000 Abonnenten.